

Wie sehen extreme Rechte und Moslemfeinde die Umbrüche in Nordafrika? (Beispiele aus Frankreich & Deutschland)

Einwanderer in Europa, besonders moslemische, stehen oftmals im Mittelpunkt der Programmatik oder der Hetze rechter Parteien. In den letzten Wochen aber scheint besonders durch die Revolten in Tunesien, Ägypten oder Libyen ein historischer(-s?) Moment angebrochen, in dem sich die allgemeine gesellschaftliche Wahrnehmung - und Selbstwahrnehmung - von Nordafrikanern in Europa wandeln könnte. Statt entweder als passiv und „zu Demokratie und Entwicklung oder unfähig“ oder aber als zornige, „fanatische Masse“ zu erscheinen, haben sich vor allem die jungen Generationen dort als bewusste gesellschaftliche Akteure erwiesen und ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. Wie aber wirkt sich dies auf die Wahrnehmung ihrer Länder durch rechtspopulistische bis rechtsextreme politische Kräfte etwa in Deutschland und in Frankreich aus?

Marine Le Pen: im flotten Dreierschritt zur Pirouetten-Position

Der Verfasser dieser Zeilen befragte Marine Le Pen, die neue Parteivorsitzende des französischen Front National (FN), auf dem Parteitags im Januar 2011 in Tours dazu, wie sie die damaligen Ereignisse in Tunesien bewerte. Der frühere tunesische Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali war anderthalb Tage zuvor aus dem Land geflohen. Auf diese Frage antwortete Marine Le Pen in einem Dreierschritt: Erstens kritisierte sie die „Inkompetenz“ der französischen Regierung unter Präsident Nicolas Sarkozy, dass sie „den Freiheitswillen der tunesischen Bevölkerung“ unter ihrem vorherigen Regime nicht erkannt habe.

Zum Zweiten aber sei es - wenn man schon mit Ben Ali befreundet gewesen sei - schändlich, ihn jetzt im Stich zu lassen. Kurz zuvor hatte Frankreich dem fliehenden Expräsidenten Ben Ali signalisiert, dass seine Aufnahme nicht erwünscht sei. Besonders aber sei dies kritikwürdig, präzisierte die rechtsextreme Politikerin, weil diese Entscheidung, ihm das Exil auf französischem Boden zu verweigern, „unter dem Druck der großen Zahl von tunesischen Einwanderern erfolgt“ sei. Tatsächlich hatten in Paris und anderswo Oppositionelle aus dem Land gegen eine Ankunft Ben Alis am Abend seiner Flucht zu mobilisieren begonnen. Zum Dritten, fügte Marine Le Pen hinzu, müsse „das Interesse unseres Landes im Mittelpunkt“ stehen. Dieses aber sei tangiert, wenn, wie sich drohend abzeichne, infolge des Umbruchs „Einwanderungsströme“ über Europa hereinbrechen würden. Ferner sei eine Machtübernahme der Islamisten zu befürchten. Tage später wiederholte sie diese Äußerungen sinngemäß in einer Onlinediskussion (*Chat*) mit Leser-inne-n von *Le Monde*, zu der die Redaktion der Pariser Abendzeitung sie eingeladen hatte.

Ihr Widersacher, der auf dem Parteitag unterlege Kandidat für den Vorsitz Bruno Gollnisch, hatte Stunden zuvor in einem Radiointerview weniger Nuancen gezeigt. Er kritisierte die französischen Behörden vor allem darüber, dass sie Ben Ali, einen „Freund“ Frankreichs, im Stich gelassen hätten. Er nannte die „Weigerung“, ihn aufzunehmen, „feige und erbärmlich“. (<http://www.youtube.com/watch?v=2GZvQrosYGG>) Auch er stellte eine Verbindung zur Anwesenheit einer tunesischen Bevölkerungsgruppe in Frankreich her und beklagte, der französische Staatschef könne in diesem Zusammenhang nicht mehr im Namen eines „souveränen Landes“ handeln.

Dieselben Grundelemente finden sich in fast allen Stellungnahmen aus der französischen extremen Rechten zu den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten wieder. Dazu gehören insbesondere die tendenzielle Verteidigung der alten Regimes gegen die Revolten, sowie die Warnung vor „Wanderungsfluten“ in Richtung Europa, die mit der politischen Öffnung der nordafrikanischen Länder einher gingen. In diesem Zusammenhang schlug Marine Le Pen – als Parteivorsitzende des Front National – am Abend des 25. Februar 11 dann vor, Fliehende aus Nordafrika (derzeit besonders aus Libyen), so wörtlich, „in

internationale Gewässer zurückzuschicken“. Dies bedeutet nichts anderes als die Forderung, sie in Ruhe ersaufen zu lassen.

Monsieur „Afrikaspezialist“: Das Volk liebt Mubarak

Besonders pointierte Positionen hat dazu Bernard Lugan inne, *Monsieur Afrique* für quasi die gesamte extreme Rechten in Frankreich jenseits ihrer unterschiedlichen Strömungen. Der Historiker und Hochschullehrer in Lyon - ein in Marokko geborenes Kind der französischen Kolonial-Ära und eines Kolonialoffiziers - kann als einziger Afrikaspezialist der extremen Rechten gelten kann. Deswegen wird er überall herum gereicht: von den Webseiten des aktivistischen *Bloc identitaire* über den FN und seine extremeren Abspaltungen wie die Nouvelle Droite Populaire (NDP) bis zur islamfeindlichen Netzseite *Rebelles.info*, die eine Scharnierfunktion zu konservativen Rechten einnimmt.

In seinen Augen ist ganz klar, wie die jüngeren Ereignissen zu analysieren sind: als Katastrophe, die einerseits einen Sieg der USA und der mit ihnen verbündeten „bürgerlichen Yuppies“ in den nordafrikanischen Ländern bedeute - denn die Nordamerikaner profitierten von den Umbrüchen -, andererseits die Islamisten, die Europa bedrohten. Stattdessen schlug er während der Revolten vor, Partei für eine „dritte Kraft“ zu ergreifen: „das gemeine Volk“, das außerhalb der Kameraobjektive westlicher Journalisten bleibe. Dieses aber, schrieb er im Zusammenhang mit der Revolte in Ägypten, stehe fest zu Präsident Hosni Mubarak.

Als Ausdruck dieses „gemeinen Volkes“ im ägyptischen Falle sah er die *Baltagiya*, also jene bezahlten Schlägertrupps, die das Mubarak-Regime besonders in der ersten Februarwoche 2011 auf die Demonstrationen losgehetzt hatte. Die westlichen Journalisten - die ihrerseits nur einen Blick für die privilegierten Yuppies und ihre Luxusforderungen nach Demokratie hätten - könnten deswegen gar nicht verstehen, schrieb Lugan sarkastisch, dass ihnen vom Volk eine Lektion erteilt worden sei. Dabei spielte er auf die Angriffe von Schlägerbanden gegen Pressevertreter an. Betreffend die demokratische Revolution in Tunesien sprach Lugan explizit von einer

„Revolte von Privilegierten“, unter Verweis auf den angeblich hohen Lebensstandard im Lande, der ein Verdienst der Modernisierungspolitik des Ben Ali-Regimes sei.

Insgesamt ergriff die französische extreme Rechte weitaus eher zugunsten der bisher amtierenden, alten Regime in Nordafrika Position. Was sie nicht daran hindert, sich bisweilen – in einer demagogischen Operation sich selbst zur demokratischen Opposition innerhalb Frankreichs aufschwingend – auch auf den „Kampf gegen die Diktatur“ in Nordafrika positiv zu beziehen. Um nämlich anzuzeigen, man selbst stehe hierzulande im Kampf gegen Altparteien und „Establishment“ in einer ganz ähnlichen Auseinandersetzung. Vgl. dazu nebenstehenden Artikel mit dem Beispiel der Pressekonferenz, welche der französische Front National jüngst abhielt, um einen Prozess gegen „politische Diskriminierung“ eines seiner Mitglieder (und Kandidaten) anzukündigen.

Kolonialnostalgiker wider „Ratten“

Rechtsextreme Webmedien wie die sehr eifrig bestückte, kolonialnostalgische Seite ***La valise ou le cercueil*** - die sowohl Artikel von neofaschistischen als auch von sehr rechten pro-israelischen Webseiten übernimmt und seltener eigene redaktionelle Beiträge dazu stellt; ihr Titel spielt auf das Motto der rechten französischen Algeriensiedler im Jahr der algerischen Unabhängigkeit 1962 an: „Den Koffer oder den Sarg“ (also „Abhauen oder umkommen“) - konzentrierten sich in den letzten Wochen auf die „Gefahr“ von Migrationsbewegungen. Auf ***La valise ou le cercueil*** war unter anderem die Rede von, so wörtlich, „illegalen Ratten“ - im Hinblick auf die in Lampedusa ankommenden Tunesier - und davon, dass Italien und Europa zum „Mülleimer der Welt“ würden.

Betreffend die Entwicklung in den von politischen Umwälzungen geprägten Ländern wird vor allem auf die angeblich dicht bevorstehende und unvermeidliche Machtübernahme durch islamistische Kräfte unablässig beschworen. Allein im Falle Libyens wird ein Umsturz erhofft, weil Gaddafi - „dieses Stück Abfall“ - durch französische Nationalisten traditionell als

Feind ihres Landes betrachtet wird. Beide Länder hatten 1984 im Tschad gegeneinander Krieg um ihre Einflussphären geführt.

Erfreut über die Revolten zeigen sich lediglich die Nationalrevolutionäre, die sich einmal mehr im „für eine gemeinsame Sache kämpfenden Volk“ wiederzuerkennen glauben. Ferner sähen sie die Revolten gar zu gerne in eine Mobilisierung gegen Israel münden. Auf der nationalrevolutionären Webseite VoxNR wird etwa erklärt, aus den arabischen Revolutionen könnte ein „muslimisches Reich“ hervorgehen, das allerdings „die Salafisten, Verbündete der Amerikaner und Israels, loswerden“ müsse. Die Salafisten sind eine ultraradikale Strömung des politischen Islam, die allerdings im Falle Ägyptens faktisch durch das frühere Regime ausgehalten worden war, das sie benutzte, um einflussreichere und realitätstüchtigere islamistische Strömungen zu schwächen. In einem solchen Falle, heißt es weiter, sei eine solche Zusammenarbeit zwischen „Europa und dem Islam“ - als zwei getrennten, aber zusammen arbeitenden Blöcken - gegen die US-Vorherrschaft vorstellbar.

Deutsche NPD: Pseudo-Revoluzzer mit Schaum vorm Maul

Ähnlich sieht es auch die deutsche NPD. Drohend verkündet sie in einer Erklärung ihres „AK Außen- und Sicherheitspolitik“ vom 1. Februar an die Adresse der etablierten Kräfte und der von ihr so genannten Globalisierer: *„Wie ein Menetekel wirft die Flamme der Volkserhebung ihren drohenden Schatten auf Washington, Tel Aviv und Brüssel. Die Stunde der Diktatoren und Volksverräter schlägt rascher, als Bundeskanzlerin Angela Merkel zu denken wagt.“* Dies sei angeblich auch auf Deutschland übertragbar: *„Die Sturmglocken von Tunis und Kairo kündigen auch in Berlin eine Zeitenwende an, denn auch Merkel und Co. wandeln im Zeichen einer gigantischen Verschuldung, eines beispiellosen Souveränitätsverzichts und grassierender Hartz IV-Armut auf dünnem Eis.“* Der Rest der Erklärung - bei der es theoretisch um Ägypten geht - handelt dann allerdings von anderen Themen: der Agitation gegen Entwicklungshilfe als vom Volk bezahltes Mittel „zur Aufrechterhaltung der US-Dominanz in der so genannten Dritten Welt“ und gegen Einwanderung in Europa. Hier verlässt

die Erklärung vollständig das Thema Nordafrika, alldieweil sie von „Schwarzen“ spricht, die sich ein Schlaraffenland ohne Arbeiten in Europa vorstellten und durch die Globalisierer als neues Ersatzproletariat im unterdrückten Deutschland und Europa eingesetzt würden.

Ansonsten herrscht aber in Deutschland, das weniger unmittelbare Interessen und historische Kontakte in Nordafrika und im Mittelmeerraum aufweist als Frankreich, auf der Rechten überwiegend Schweigen zu den aktuellen Ereignissen dort. Auf der eifrig bestückten, strömungsübergreifenden Webseite **DeutschlandEcho** (früher **GesamtRechts**) kamen Tunesien und Ägypten quasi ausschließlich im Zusammenhang mit den Migrationsbewegungen rund um Lampedusa vor. Und die rechte Wochenzeitung **Junge Freiheit** verfasste zwar einen längeren Artikel, unter dem ironisch auf ihren Namen anspielenden Titel: „Junge in Freiheit“. Zu den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten fällt ihr allerdings in der Substanz überhaupt nichts ein - es sei denn, dass die Entwicklung sei „vom Westen nicht steuerbar“. Ansonsten geht es allein um Demographie, Migrationsbewegungen und um folgende Frage: „Dann steht Europa vor der politischen Entscheidung, was ihm wichtiger ist: die eigene, konkrete Existenz oder das abstrakte Flüchtlingsrecht der anderen.“

Artikel von Bernard Schmid, Paris, vom 4.3.2011